

Das Kind in den Mittelpunkt stellen: eine kindorientierte Familienpolitik für faire Bildungs- und Teilhabechancen

Positionen aus dem Projekt
Familie und Bildung: Politik vom Kind aus denken



Das Kind in den Mittelpunkt stellen: eine kindorientierte Familienpolitik für faire Bildungs- und Teilhabechancen

Positionen aus dem Projekt
Familie und Bildung: Politik vom Kind aus denken

Das Papier ist in Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Expertenrunde des Projektes entstanden. Es fasst die Ergebnisse sowie die Themen zusammen, an denen wir in Zukunft gemeinsam arbeiten werden. Mitglieder der Expertenrunde sind:

Prof. Dr. Sabine Andresen

Prof. Dr. Tanja Betz

Dr. Jürgen Borchert

Dr. Karin Jurczyk

Prof. Dr. Thorsten Kingreen

Prof. Dr. Anne Lenze

Prof. Dr. Martin Werding

Die Familie ist für Kinder der zentrale Ort des Aufwachsens – egal in welcher der vielfältigen Familienformen sie leben. Sie hat zusammen mit dem Sozial- und Lebensraum sowie guten Bildungseinrichtungen entscheidenden Einfluss darauf, allen Kindern Bildungs- und Teilhabechancen zu eröffnen. Als erster Ort, an dem soziales Miteinander erfahren und gelebt wird, stiftet Familie einen Wert für die gesamte Gesellschaft. Familie ist Lebens- und auch Bildungsort – alle Familienmitglieder lernen teils gezielt, vor allem aber nebenher im alltäglichen Leben voneinander. Kinder, Mütter und Väter sehen sich heute aber neuen, gewachsenen Herausforderungen gegenüber. Ihr Alltag und ihr Zusammenleben haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Darauf hat die Politik noch nicht die passenden Antworten gefunden. Sie läuft der Vielfalt von Familien hinterher, statt diese als Ausgangslage anzuerkennen, und hat die Kinder, ihr Wohlergehen und ihre Teilhabechancen aus den Augen verloren.

Familienpolitik braucht einen Paradigmenwechsel: Sie muss die Realität von Familien anerkennen und neu – konsequent aus der Perspektive von Kindern – gedacht werden. Eine solche Familienpolitik orientiert sich nicht an bestimmten familiären Lebensmodellen, sondern stellt das Kind in den Mittelpunkt und prüft jede Maßnahme im Hinblick auf ihre Konsequenzen für Kinder. Damit ist sie gleichzeitig auch Bildungs- und Sozialpolitik. Sie eröffnet Freiräume, die ein selbstbestimmtes Familienleben möglich machen, und stärkt und unterstützt Familien passgenau. Sie schafft politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die Kinder- und Familienarmut wirksam bekämpfen. Der weitere Ausbau qualitativ hochwertiger Bildungsinstitutionen (siehe Positionspapier der Bertelsmann Stiftung im Bereich Bildung) und eine gemeinsam mit den Eltern gelebte Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern sind für eine kindorientierte Familienpolitik wichtige Bausteine. Denn Familien brauchen eine bedarfsgerechte Infrastruktur und Unterstützung, damit sie ihren Alltag besser bewältigen können.

Die Gestaltung einer solchen kindorientierten Familienpolitik muss wissensbasiert sein. Sie braucht klare (normative) Setzungen für eine kind- und familiengerechte Gesellschaft der Zukunft. Dabei ist es unerlässlich, dass die Ziele und Wege der Zielerreichung kontinuierlich kritisch hinterfragt werden. Eine empirisch fundierte und reflexive Familienpolitik greift Fakten und Einsichten aus unterschiedlichen Disziplinen und Forschungsrichtungen auf und nimmt belastbare Befunde zur Kenntnis, um unternommene Schritte zu prüfen und gegebenenfalls auch neue Wege einzuschlagen.



Rechte und Bedürfnisse von Kindern in den Mittelpunkt stellen

1. Kinder als Träger eigener Rechte anerkennen. Kinder sind keine „kleinen Erwachsenen“. Sie sind eigenständige Personen, deren Rechte und Schutzbedürfnisse in unseren Rechtssystemen anerkannt und gestärkt werden müssen. Im Steuer- und Sozialversicherungssystem sowie im Sozialrecht werden Kinder in erster Linie als „Anhängsel“ ihrer (erwerbstätigen oder hilfebedürftigen) Eltern behandelt, entsprechend hängt Unterstützung in der Regel vom Status der Eltern ab. Sie selbst werden in den entsprechenden Gesetzen nicht als eigenständige Personen adressiert. Die Bedarfe, die Kinder für gute Bildungschancen und Teilhabe an der Gesellschaft haben, werden so unzureichend erfasst und erfüllt. Eine kindorientierte Familienpolitik macht es sich zur Aufgabe, ein eigenes Sozialgesetzbuch für Kinder zu entwickeln, das Leistungen für Kinder übersichtlich bündelt und bisherige Maßnahmen zum Teil ersetzt bzw. reformiert. Ein solches Sozialgesetzbuch erkennt Kinder als Träger eigener Rechte an und berücksichtigt ihre altersabhängigen Bedarfe adäquat.

2. Kinder als zeitliche Taktgeber ernst nehmen. Familienpolitik hat sich in den vergangenen Jahren vor allem auf das Ziel der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf fokussiert. Das ist ein wichtiges Thema für Familien, da sich die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern sowie Strukturen und Kulturen in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt erheblich auf den Familienalltag auswirken. Allerdings stehen bei diesen familienpolitischen Maßnahmen meist die Interessen und (finanziellen) Verpflichtungen der Erwachsenen (Mütter, Väter, Arbeitgeber etc.) im Vordergrund und weniger die Ansprüche und Bedürfnisse von Kindern. Kinder brauchen verlässliche Zeit mit ihren Müttern und Vätern, aber auch nicht verplante und spontane Zeit für sich selbst, mit Freunden und in ihren Familien. Diese Interessen und Bedürfnisse muss eine kindorientierte Familienpolitik anerkennen und sie in die Gestaltung von Rahmenbedingungen für Familien einfließen lassen. Dabei entstehen

zwangsläufig Spannungen und Konflikte zwischen den Zeittakten der Erwerbsarbeit, die die Eltern in die Familie hineinragen, und denen der Kinder. Eine moderne Familienzeitpolitik deckt diese Konflikte auf und entwickelt Lösungsvorschläge, wie die Bedürfnisse und Interessen der Kinder mit den Lebensbedingungen und Wünschen der Erwachsenen in Einklang gebracht werden können. Beim Ausbau qualitativ hochwertiger Kitas und Ganztagschulen muss selbstbestimmte Zeit für Kinder mitgedacht und möglich sein. Im Berufsleben müssen Auszeiten oder eine Reduktion der Arbeitszeit sowohl für Mütter als auch für Väter ohne Einbußen von Karrierechancen realisierbar sein. Entsprechende Ideen für eine Familienarbeitszeit sowie an die tatsächlichen individuellen Bedürfnisse angepasste flexible Arbeitszeiten sind weiterzuentwickeln. Denn Fürsorge, Erziehung und Miteinander brauchen Zeit und sind für die Gesellschaft von unerlässlichem Wert.

3. Kinder durch eine generationengerechte Politik stärken. Kinder in den Mittelpunkt zu stellen bedeutet, ihnen als eigenständige Gruppe in der Gesellschaft im Hier und Jetzt Gehör zu verschaffen. Kinder an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken zu lassen, sie zu beteiligen, ernst zu nehmen und ihnen Verantwortung zu übertragen, schafft das Fundament für eine lebendige Demokratie. In einer älter werdenden Gesellschaft trägt dies auch zu einer generationengerechteren Politik bei. Eine solche generationengerechte, kindorientierte Familienpolitik setzt sich für ausreichende und wirksame Investitionen in Kinder ein. Ebenso fordert sie einen konsequenten „Nachhaltigkeits-Check“ bei jeder Reform und jedem Gesetzesvorhaben, damit Lasten und Schulden nicht zu leicht auf die Schultern der nächsten Generation abgewälzt werden können.

4. Benachteiligung von Kindern und Familien beseitigen – Nachhaltigkeit und Familiengerechtigkeit in den Sozialversicherungssystemen verankern. Unsere umlagefinanzierten Sozialsysteme haben einen grundlegenden Konstruktionsfehler: Ohne Kinder gibt es in Zukunft keine Beitragszahler, die z.B. die Renten und die steigenden Ausgaben im Gesundheitssystem der heute Erwachsenen finanzieren. Eltern erbringen dadurch, dass sie Zeit, Energie und Geld in ihre Kinder investieren, neben der Beitragszahlung die entscheidende Leistung für die Zukunftsfähigkeit dieser Systeme. Diese Leistung wird jedoch nur unzureichend anerkannt. Wer Kinder erzieht, muss entlastet werden – denn von seinem Einkommen muss er nicht nur sich selbst, sondern auch seine Kinder ernähren und versorgen. Zugleich darf das System auch die Kinder später nicht immer stärker belasten. Eine Reform, die diesen Konstruktionsfehler behebt, sorgt gleichzeitig für mehr Nachhaltigkeit, Generationen- und Familiengerechtigkeit. Denkbar sind z.B. familiengerechte Beiträge oder die Einführung einer Kinderrente. Dann könnten mehr Familien von ihrem selbst erwirtschafteten Einkommen leben und Kinder wären seltener ein Armutsrisiko.

5. Ein teilhabegewährleistendes Existenzminimum für alle Kinder sichern. Kinder haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, das ihnen Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Kinderarmut ist das größte Risiko für Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern, das belegt die Forschung. Doch in Deutschland wächst jedes vierte Kind in Armut auf. Die bisherigen Maßnahmen zur Vermeidung von Kinderarmut bzw. zur Sicherung des Existenzminimums von Kindern reichen nicht aus oder kommen gerade bei bedürftigen Kindern nicht an. Die aktuelle Berechnungsmethode des Existenzminimums im SGB II oder im Unterhaltsrecht setzt vor allem bei den Erwachsenen bzw. dem gesamten Haushalt an und erfasst die Bedarfe von Kindern nur unzureichend.

Eine kindorientierte Familienpolitik entwickelt ein neues Konzept für ein teilhabegewährleistendes Existenzminimum für Kinder. Ein solches Konzept basiert auf Untersuchungen, wann Teilhabe in einem umfassenden Sinn möglich ist und was zu Kindheit heute dazugehört: welche finanziellen Mittel und welche Zugänge zu Erziehung, Bildung, Gesundheit, Freizeit und Gleichaltrigen, aber auch welche Ansprüche auf Zeit und Zuwendung. Auf der Grundlage eines solchen Referenzrahmens ist dann eine transparente politische Setzung erforderlich, welche Lebensbedingungen wir allen Kindern in unserer Gesellschaft eröffnen wollen. Dieses Existenzminimum muss jedem Kind gewährleistet werden. Hierfür sind Reformen im Steuer- und Unterhaltsrecht sowie ein gesondertes Sozialgesetzbuch für Kinder (siehe 1.) erforderlich, das bei den Bedürfnissen der Kinder ansetzt und Leistungen bündelt und reformiert.

Dafür müssen andere familienpolitische Maßnahmen entfallen und zur Gegenfinanzierung genutzt werden: die intransparente Verquickung von Kindergeld und Kinderfreibetrag, die bürokratisch aufwändigen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets sowie der Kinderzuschlag. Aber auch das Ehegattensplitting muss auf den Prüfstand. Das Betreuungsgeld als Zuschussung der Nicht-Inanspruchnahme öffentlicher Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sollte abgeschafft werden. Auch das Elterngeld, das die Erziehungsleistung von Besserverdienenden stärker honoriert, muss sozial gerechter gestaltet und in seiner jetzigen Ausgestaltung überprüft werden. Im Ergebnis wird so die unübersichtliche Zahl an familienpolitischen Leistungen reduziert, die in der Summe Kinderarmut bisher nicht wirksam vermieden haben. Allen Kindern ein teilhabegewährleistendes Existenzminimum zu sichern wird eine Umverteilung von finanziellen Mitteln notwendig machen. Mit Blick auf die Kinder und ihre Teilhabechancen sind das aber gute Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

6. Schnelle und gezielte Unterstützung für besonders von Armut betroffene Familienformen sicherstellen.

Kinder Alleinerziehender leben heute fünfmal häufiger von Leistungen der Grundsicherung als Kinder in Paarfamilien. Jedes zweite Kind im SGB II-Bezug lebt mit nur einem Elternteil zusammen. Die derzeitige Familienpolitik orientiert sich zu sehr an bestimmten traditionellen Familienbildern, statt von Kindern aus zu denken und allen Kindern unabhängig von der Familienform finanzielle Sicherheit und gute Bildungs- und Teilhabechancen zu eröffnen. Um Ein-Eltern-Familien gezielt und möglichst schnell zu unterstützen, sollte im Sozialrecht sichergestellt werden, dass Unterhaltszahlungen wirklich dem berechtigten Kind zukommen. Beim Unterhaltsvorschuss muss die bisherige Altersbegrenzung (zwölf Jahre) und die Beschränkung auf einen Auszahlungszeitraum von maximal sechs Jahren abgeschafft werden. Auch steuerlich muss das Alleinerziehen stärker berücksichtigt werden, indem der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende angehoben wird. Der Kinderzuschlag oder ein ihn ersetzendes neues Instrument, wie das teilhabegewährleistende Existenzminimum, muss so gestaltet werden, dass Alleinerziehende diese Leistung - anders als bislang - einfacher und häufiger beziehen können. Die immer wieder diskutierten Kindergelderhöhungen sind hier hingegen wirkungslos, da sie vollständig auf Sozialleistungen angerechnet werden und daher ausgerechnet bei den Kindern nicht ankommen, die sie am dringendsten bräuchten. Schließlich sollten Arbeitsvermittlungsstellen dazu angehalten werden, Alleinerziehende nicht bevorzugt in Minijobs zu vermitteln, sondern ihnen eine Perspektive auf ein auskömmliches Beschäftigungsverhältnis zu eröffnen.

Neben Ein-Eltern-Familien müssen weitere Familienformen besondere Beachtung finden, in denen Kinder überdurchschnittlich häufig in Armut aufwachsen. Das sind vor allem kinderreiche Familien sowie Familien mit Zuwanderungshintergrund. Insgesamt sollte eine am Kind orientierte Politik die Vielfalt des Lebens von Kindern heute als Ausgangspunkt nehmen und allen Kindern, unabhängig von ihren familiären Lebenskontexten gutes Aufwachsen ermöglichen.



7. Den Ausbau guter Bildungsinstitutionen vorantreiben. Gute Kitas und (Ganztags-)Schulen sowie Zugänge zu Ausbildung, Studium und Weiterbildungsmöglichkeiten sind für faire Bildungs- und Teilhabechancen für alle Kinder und Jugendlichen unerlässlich. Daher muss ihr flächendeckender, qualitativ hochwertiger Ausbau vorangetrieben werden. Gerade Kinder aus prekären Lebenslagen brauchen bessere und verlässliche Zugänge zu guten Bildungsangeboten. Denn aktuelle Befunde belegen, dass sie dabei im Vergleich zu Kindern aus ressourcenstarken Elternhäusern benachteiligt sind. Soziale Ungleichheit wird so weiter verschärft. Daher sind Lösungsansätze auf sozialräumlicher Ebene zu entwickeln, so dass gezielt Institutionen unterstützt werden, die vermehrt von Kindern in prekären Lebenslagen besucht werden. Aus der Perspektive von Kindern müssen darüber hinaus beim Ausbau der Bildungsinstitutionen Freiräume für Kinder mitgedacht und ermöglicht werden.

8. Familien wertschätzen, ihre Handlungsmächtigkeit stärken und Maßnahmen langfristig ausrichten. Zahlreiche Studien zeigen, dass nahezu alle Eltern sich bemühen, ihren Kindern gute Bedingungen des Aufwachsens zu schaffen. Jedoch begegnet die Öffentlichkeit – auch Akteure, Lehr- und Fachkräfte im kommunalen Unterstützungssystem oder in Bildungsinstitutionen – Kindern, Müttern und Vätern in prekären Lebenslagen häufig mit einem defizitorientierten Blick. Dahinter steht meist ein mittelschichtorientiertes Bild „guter Elternschaft bzw. Kindheit“, in das diese Familien sich nicht nahtlos einfügen. Eine reflektierende, vorurteilsbewusste Haltung der Lehr- und Fachkräfte könnte hier wesentlich dazu beitragen, Eltern als Experten für ihre Kinder sowie ihrer spezifischen Lebenssituation und ihren Lebensentwürfen mit Respekt und Wertschätzung zu begegnen. Sie sollte in der Aus- und (Team-)Weiterbildung eine zentrale Rolle spielen und erfordert Zeit für Reflexion im Rahmen der Arbeit. Das ist ein wichtiger Schritt, um Familien

die Beratung und Unterstützung anzubieten, die sie angesichts der häufig multiplen Problemlagen benötigen. Denn entscheidend ist es, Eltern und Kinder zu stärken, ihnen Hilfe zur Selbsthilfe und eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, damit sie sich selbst als handlungsmächtig erleben.

Darüber hinaus sollten Unterstützungsangebote für Familien langfristig und nachhaltig angelegt sein und wenn möglich auf bereits bewährte Konzepte zurückgreifen. Nur so können Familien im Rahmen verlässlicher Strukturen Vertrauen aufbauen. Unterstützungssysteme vor Ort müssen auf die Bedürfnisse der Familien im jeweiligen Sozialraum zugeschnitten sein und passgenaue Hilfe anbieten: Sie müssen aufeinander abgestimmt sein, vernetzt arbeiten und dabei das zivilgesellschaftliche Potenzial in Vereinen und der Nachbarschaft wirksam einbinden und fördern (siehe Programm Zukunft der Zivilgesellschaft der Bertelsmann Stiftung).

9. Aufwachsen in privater und öffentlicher Verantwortung neu austarieren – die Lebenswelten Familie und Kita/Schule besser verbinden. Bildungsinstitutionen spielen heute beim Aufwachsen von Kindern eine größere Rolle als noch vor einigen Jahren. Kinder besuchen früher eine Kita und verbringen mehr Zeit in Kita und (Ganztags-)Schule. Damit werden Kindern neue, wichtige Lern- und Entwicklungserfahrungen eröffnet. Die Verantwortung für den Schulerfolg und die Bildungsverläufe ihrer Kinder wird dennoch meist den Eltern zugeschrieben – insbesondere den Müttern. Eltern sehen sich mit veränderten Anforderungen konfrontiert, z.B. der Auswahl von Bildungsinstitutionen und der Kommunikation mit den Lehr- und Fachkräften. In den Institutionen steigt aufgrund zunehmender Aufgabenvielfalt (Sprachförderung, Dokumentation, Elternarbeit etc.) der Druck auf die Professionellen.

Angesichts dieser Veränderungen müssen die Lebenswelten Familie und Kita/Schule besser ineinandergreifen, um Bildungsbarrieren abzubauen und Bildungsbenachteiligung – vor allem von Kindern in prekären Lebenslagen – zu verringern. Schule und Kita müssen sich zu sozialen Orten für alle Kinder, aber auch für Mütter und Väter entwickeln. Das heißt, sie werden ungeachtet ihrer individuellen Ressourcen und familiären Hintergründe willkommen geheißen, angehört, informiert und einbezogen. Voraussetzung dafür ist, dass die verschiedenen Haltungen, Positionen und Interessen von Lehr- und Fachkräften, Eltern und insbesondere Kindern wahrgenommen und berücksichtigt werden.

Einfache Forderungen nach einer „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ zwischen Eltern und Fachkräften greifen zu kurz, verkennen bestehende Strukturen, Rollen- und Machtverhältnisse und machen Kinder zu „Objekten“ der Zusammenarbeit, statt ihre Wünsche und ihr Wohlergehen in den Mittelpunkt zu stellen. Notwendig ist es daher, zunächst Rollen und Perspektiven von Kindern, Fachkräften, Müttern und Vätern näher zu betrachten und davon ausgehend politische, rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die Voraussetzung für eine bessere Verbindung der Lebenswelten darstellen.



Impressum

© 2014 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Antje Funcke

Sarah Menne

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Bildnachweise

A. Green/Corbis

Rainer Berg/Westend61/F1online

Jan Voth

Veit Mette

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Programm Wirksame Bildungsinvestitionen
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-81999

Anette Stein
Telefon +49 5241 81-81274
Fax +49 5241 81-681274
anette.stein@bertelsmann-stiftung.de

Antje Funcke
Telefon +49 5241 81-81243
Fax +49 5241 81-681243
antje.funcke@bertelsmann-stiftung.de

Sarah Menne
Telefon +49 5241 81-81260
Fax +49 5241 81-681260
sarah.menne@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

www.wirksame-bildungsinvestitionen.de